

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Verbandsstelle: Leipzig Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: E. Geist, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 16. Mai 1931

35. Jahrgang

Nummer 20

Ein Blick in die Zukunft

Was wird aus dem Arbeitslosenheer?

Mehr und mehr wird die Arbeitslosigkeit zu einem Kardinalproblem unserer gesellschaftlichen Entwicklung. Gelingt es nämlich nicht, das Arbeitslosenheer baldigst zu demobilisieren, dann wird die finanzielle Unterstüfung der Erwerbslosen immer schwieriger. Bei der angespannten Lage der öffentlichen Finanzen und der gegenwärtigen parlamentarischen Situation kann jedes Anbohren neuer Einnahmequellen zu politischen Konflikten mit unübersehbaren Folgen führen. Das gleiche ist zu befürchten, wenn man versuchen wollte, eine Sanierung der Arbeitslosenversicherung auf Kosten der Unterstüfungsempfänger vorzunehmen. In diesem Falle würde man nicht nur staatspolitische, sondern auch tarifpolitische Gefahren schlimmster Art beschwören. Es kann daher nicht nachdrücklich genug betont werden, daß die Milderung der Arbeitslosigkeit vorläufig das Hauptproblem der Gewerkschaftspolitik sein und bleiben muß.

Nach dem letzten Arbeitsmarktbericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung hat zwar der Umschwung auf dem Arbeitsmarkt in diesem Jahre schon Mitte Februar eingeleitet. In den beiden vorhergehenden Jahren trat dagegen eine Erleichterung erst zu Anfang März ein. Aber trotz dieser verhältnismäßig frühzeitigen Entlastung auf dem Arbeitsmarkt bleibt zu beachten, daß am 15. April in Deutschland noch 4,6 Millionen Arbeitsuchende gezählt wurden. Und wenn auch zu erwarten ist, daß, wie in früheren Jahren, bis Juni die Arbeitslosenziffer weiter sinken wird, so ist es doch völlig ausgeschlossen, daß durch diese saisonmäßige Erleichterung der größte Teil der 4,6 Millionen in Arbeit gebracht wird. Wahrscheinlich ist vielmehr, daß wir auch im Sommer auf diese Weise mindestens 3 Millionen Arbeitslose behalten werden. Daraus ergeben sich aber für die kommende Herbst- und Winterzeit fürchterliche Perspektiven. Ein Arbeitslosenheer von 6 bis 7 Millionen erscheint nicht ausgeschlossen. Gatten wir doch Mitte April dieses Jahres allein 1,7 Millionen Arbeitslose mehr als im Vorjahre, obwohl schon 1930 mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenzahl von über 3 Millionen gerechnet werden mußte. So sind, wie gesagt, die Zukunftsaussichten, wenn keine grundlegenden Änderungen eintreten.

Diese grundlegenden Änderungen können von zwei Seiten kommen, von einer Wirtschaftsbelebung und einer Arbeitszeitverkürzung. Soweit die Wirtschaftsbelebung in Frage kommt, ist eine pessimistische Haltung durchaus angebracht. Der automatische Aufschwung fehlt bis jetzt, von der saisonmäßigen Belebung abgesehen, vollkommen. Die hohen Zinssätze, die starren Preise und sonstigen Symptome lassen auch nicht vermuten, daß es in absehbarer Zeit besser wird. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung haben bis jetzt auch verfehlt, da nach der Lohnabbauktion und der damit verbundenen Preislenkung die Lage sich nicht gebessert, sondern vielerorts noch verschlechtert hat. Ein Weiterstreiten auf diesem Wege, das heißt, durch Verschlechterung der

Arbeits- und Lohnbedingungen einen Weg aus der Krise zu finden, ist daher als völlig abwegig und äußerst verhängnisvoll zu bezeichnen. Es bleibt daher nur die Möglichkeit, durch eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit einem erheblichen Teil der Erwerbslosen wieder Arbeit zu verschaffen. Nur die gesetzliche Einführung der Vierzigstundenwoche wird eine baldige und wirksame Entlastung des Arbeitsmarktes bringen können! Diese gewerkschaftliche Forderung, die sich auch die Brauns-Kommission, allerdings nur in ungenügender Maße, als Erkenntnis zu eigen gemacht hat, muß jetzt die Parole aller Arbeitnehmer werden.

Daß die Gewerkschaften diese Arbeitszeitverkürzung erstreben ohne Lohnausfall, ist bei dem geschälerten Existenzminimum der Arbeiterkraft selbstverständlich. Ob es aber in jedem Falle gelingt, dieses Ziel hundertprozentig zu erreichen, ist fraglich. Die entscheidende Frage wird daher sein, ob die kürzere Arbeitszeit auch dann zu bejahen ist, wenn ein teilweiser Lohnausgleich nicht vermieden werden kann. Die Antwort darauf wird nur von Fall zu Fall gefunden werden können. Im allgemeinen möchte man sie bejahen, denn es gilt Schlimmeres — man möchte sagen, das Schlimmste — zu verhüten. Gelingt es nämlich nicht, der katastrophalen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt Einhalt zu gebieten, dann ist, wie bereits erwähnt, eine ausreichende Unterstüfung der Arbeitslosen gefährdet. Die Folge davon würde wahrscheinlich sein, daß die Not der Erwerbslosen zu einer maßlosen Lohnruderei und damit zur Beseitigung jeglicher Lohnsicherung führen würde. Ist nämlich der Damm des Arbeitslosenschutzes einmal durchbrochen, dann gibt es im Kampf um die Arbeitsstelle kein Halten mehr. Mit einem Schlage würden sämtliche tarifliche und sozialen Erwerbungsansprüche beseitigt. Genau wie in früheren Krisenzeiten würden die Unternehmer nicht davor zurückschrecken, durch rückwärtsgehenden Lohnabbau und unsoziale Maßnahmen himmelstreichende Zustände heraufzubeschwören. Die Arbeiterkraft und ihr Organisationswert könnte um Jahrzehnte zurückgeworfen werden.

Das klingt fürchterlich und übertrieben. Aber wir wollen als Gewerkschafter keine Vogel-Strauß-Politik treiben. Wir müssen die Dinge sehen, wie sie wirklich liegen und welche Formen sie in der nächsten Zeit annehmen können. Und jeder wird jetzt zugeben müssen, daß, wenn nichts Entscheidendes geschieht, das Arbeitslosenproblem zu einer Schicksalsfrage für das gesamte Volksleben wird. Überall da, wo durch die Einführung der Vierzigstundenwoche eine Milderung der Arbeitslosennot erreicht werden kann, muß daher mit dem größten Nachdruck dafür eingetreten werden. Und zwar auch nicht zuletzt deshalb, weil in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwunges erfahrungsgemäß viel leichter eine Steigerung der Löhne als eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen ist.

Der Faschismus und die Wirtschaftskrise

Es gehört zu den nationalökonomischen Anfangskennntnissen, daß die Krise ein Wesensbestandteil des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist. Darüber herrscht schon seit dem Ausgange des 18. Jahrhunderts auch in der nationalökonomischen Fachwissenschaft vollste Einmütigkeit. In diesem Punkte ist zwischen Adam Smith, dem Theoretiker des Liberalismus, und Karl Marx, dem Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, keine Meinungsverschiedenheit zu entdecken. Erst in der Beurteilung der Folgen, die der kapitalistische Konkurrenzkampf zeitigt, werden Liberalismus und Sozialismus zu wissenschaftlichen und politischen Gegenpolen.

Dem Faschismus ist es allerdings gelungen, unter vollkommener Ignorierung der Lehren der nationalökonomischen Klassiker neue Sündenböcke für die Krise und das mit ihr verbundene Massenelend zu finden. Dabei wird nun nicht etwa den Beweggründen der Wirtschaftsbewegung ernsthaft nachgegangen, sondern man sucht nach hausbackenen Karolen, die in Italien ebenso wie in Deutschland gerade noch der dümmste Zuhörer versteht. Mussolini macht Amerika für die Wirtschaftskrise verantwortlich. Dort hat sie ihren Anfang genommen, und deshalb werden die USA mit dieser Schuld bepackt. Vor Tisch, also bevor noch die Wirtschaftskrise auch den italienischen Arbeitsmarkt und den italienischen Staatshaushalt verwirrt, las man es freilich anders. Damals hieß es in allen pompösen Neuperfahrungen des allmächtigen Duce, die Austragung der Interessengegenstände zwischen Arbeiter und Unternehmer sei der wahre Grund der kapitalistischen Anarchie. Hier müßte das Staate die oberste Entscheidung eingeräumt werden, und die Harmonie sei gesichert. So wurden dann Streiks und Aussperrungen verboten, und der Tag, an dem die Carta del Lavoro, das Gesetzbuch der Arbeit, verabschiedet wurde, sollte einen Wendepunkt in der Geschichte bedeuten. Das wurde er nun freilich nicht, trotz allem byzantinischen Kummels, der aus diesem Anlaß veranstaltet wurde. Er konnte es auch nicht werden, da die faschistische Wirtschaftstheorie gleich an ihrem Anfangspunkte von einem direkt auf den Kopf gestellten Taiheutande ausging. Nicht das Vorhandensein von Interessens- und Klassengegenständen und deren machtpolitische Austragung ist die Ursache der anarchischen Wirtschaftszustände, sondern gerade umgekehrt wird ein Schuß daraus. Der anarchische Kapitalismus erzeugt diese Gegensätze. Es ist nicht draußen kalt, weil das Thermometer fällt, sondern das Thermometer fällt, weil es draußen kalt ist. Das dürfte sich, auf das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben übertragen, der Faschismus natürlich niemals eingestehen, denn sonst hätte man konsequenterweise bei dem wahren Grunde, nämlich beim Wirtschaftssystem, mit den Heilvorschlagen einsehen müssen, und das wäre nicht mehr Faschismus, sondern Sozialismus gewesen. Natürlich kann der „unsehbarer“ Mussolini jetzt nicht umschwenken. Er darf auch nicht mehr den wahren

Krisengrund „Kapitalismus“ nennen, sondern das ist nun eben Amerika.

Der deutsche Faschismus ist Mussolini in der Erfindung von Krisenursachen noch um einige Nasenlängen voraus. Die Hakenkreuzpresse weist uns sofort ein halbes Duzend von Krisenursachen auf, den Youngplan, den Marxismus, die Juden, den Verlust unserer Kolonien und je nach Bedarf noch die angebliche Korruption im öffentlichen Leben, den Großbetrieb und wer weiß was noch alles. Man stelle sich nur vor, Marx hat die Krise erfunden und damit das ganze Elend, das heute die Welt bedrückt, heraufbeschworen. Mit derartigen Argumenten sind Auseinandersetzungen nicht möglich. Verammlungsgeflügel aus Narrenmunde ist nicht widerlegbar. Deshalb soll in der hier folgenden Betrachtung nur das Argument eine kritische Beleuchtung erfahren, das mit dem Wirtschaftsgeschehen im Zusammenhang steht und am meisten und am lautesten zu Gehör gebracht wird, nämlich das Reparationsproblem.

Die Reparationszahlungen, die Deutschland auf Grund des Youngplanes an die Siegermächte zu leisten hat, sind nach nationalsozialistischer Auffassung der Hauptgrund der Wirtschaftskrise. Es gibt gewiß in ganz Deutschland keinen einzigen Menschen, der nicht die Reparationen als eine Belastung für unser Wirtschaftsleben empfindet. Es gibt weiter auch keinen einzigen Deutschen, der auf die Frage, ob wir Reparationen leisten wollen oder nicht, mit ja antworten würde. Leider ist das keine Frage des Wunsches, sondern das Ergebnis der weltpolitischen Kräfteverteilung, was übrigens die nationalsozialistische Reichstagsfraktion ganz klar einzusehen schien, als ihre Abgeordneten im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags dem kommunistischen Antrag auf Zerreißung des Youngplanes nicht zustimmten. Aber sehen wir von dem allem einmal ab. Welche Rolle spielen die Reparationen als Ursache der Wirtschaftskrise oder wie beeinflussen sie deren Verlauf? Wenn die Reparationszahlungen der wirkliche Krisengrund wären, dann erscheint es unfaßbar, daß die Staaten, die den Krieg gewonnen haben, die also nicht Reparationen bezahlen, sondern welche empfangen, ebenfalls in die Wirtschaftskrise verstrickt werden konnten. Man bedenke doch nur, Amerika und England, zwei Länder, denen direkt oder indirekt deutsche Reparationszahlungen zufließen, haben, gemessen an ihrer Einwohnerzahl, mehr Arbeitslose als wir. Dieser Einwand scheint auch den nationalsozialistischen Reparations-theoretikern schon gemacht worden zu sein, die nun dafür folgende Begründung anführen: Das Reparations empfangende Ausland, so sagen sie, ist mit Kapital überflutet und leidet unter Kräfteveränderungen, weil es für die bei ihm aufgehäuften Kapitalmengen keine Anlage zu finden weiß. Das ist freilich sehr dunkel und unverständlich, was indes nicht hindert, daß auch derartige Argumente heute in

Massenversammlungen gebührend beklatscht werden. Eine Widerlegung dieser Beweisführung mit wirtschaftswissenschaftlichem Rüstzeug ist wiederum nicht möglich. Aber das ist auch gar nicht notwendig, denn konsequent zu Ende gedacht, endet das Ganze im Humor. Uns geht es schlecht, weil wir Reparationen zahlen müssen, den ändern geht es noch schlechter, weil sie Reparationen erhalten. Hätten wir den Krieg gewonnen, dann würden wir es sein, die unter der Krise der Kapitalfülle zu leiden hätten, denn dann würden wir ja das Reparations empfangende Land sein. Es ginge uns dann, analog den heutigen Verhältnissen in Amerika und England, noch schlechter als es uns jetzt schon geht. Statt der fünf hätten wir dann vielleicht sechs oder sieben Millionen Arbeitslose. Ergo ist es für uns ein großes Glück, daß wir den Krieg verloren haben. Jawohl, ein solcher Unsinn entsteht, wenn jemand nationalsozialistische Theorien zu Ende denkt. Wundert es uns noch, daß der Faschismus, wenn er in Deutschland einmal zur Macht kommen sollte, die Meinungsfreiheit verbieten will? Ach, wäre doch nur schon das Mittel erfunden, auch das Denken verbieten zu können! Wir alle lebten dann glücklich und zufrieden und würden uns an diesem italienischen Salat nicht mehr den Magen verderben.

Den Vogel hat aber auch in dieser Beziehung der Chef der zweitstärksten deutschen Partei, Adolf Hitler, persönlich abgeschrieben. Er hat eine neue Theorie der Reparationsbelastung aufgestellt. Und die sieht etwa folgendermaßen aus. Wenn wir eine Milliarde an das Ausland abgeben, so setzt uns diese auf dem inneren Markte, wo mit dieser Summe das Mehrfache des von ihr repräsentierten Wertes an Wirtschaftsgütern erzeugt werden könnte. Das Geld schlägt sich ja immer wieder um. So werden beispielsweise mit immer derselben Million Mark im ersten Monat Häuser gebaut, im zweiten Schäfte abgeteilt, im dritten Automobile hergestellt usw. So stellt es sich Adolf Hitler vor, denn aus keinem anderen Grunde sonst konnte er zu folgender von ihm niedergelegter Schlussfolgerung kommen, die da lautet: unsere jährliche Reparationssumme betrage in Wirklichkeit 10 bis 12 Milliarden Mark. Freilich ist es auch hier außerordentlich schwer, Narrenweisheit mit nationalökonomischen Argumenten fortrigieren zu wollen. Gegen derartigen Unsinn hilft nichts anderes als ihn konsequent zu Ende zu denken, dann erledigt er sich an sichersten von selbst. Also nehmen wir an, Adolf Hitlers „Mehrbelastungstheorie“ stimmte, dann wäre auch folgender analoger Einwand richtig. Wir leihen uns im Ausland eine Milliarde, erzeugen damit für 12 Milliarden Mark Werte und zahlen dem dummen Gläubiger schmunzelnd wieder die eine Milliarde zurück. Demnach wäre sogar, nach nationalsozialistischer Beweisführung, unsere gestiegene Auslandsverschuldung ein Segen für uns, während der nationalsozialistische Agitator denselben Umstand für unser Unglück verantwortlich macht. Wir fragen nur, wie erklärt sich dann überhaupt die Begriffsverwirrung, die den Leiter der zweitstärksten deutschen Partei befangen hält? Der Grund liegt in allzu primitiven Vorstellungen über das Wesen des Geldes, die wir wieder und immer wieder vorfinden, wenn Nationalsozialisten in Wirtschaftspolitik machen. Man müßte eigens für diese sondersbare Schicht unserer deutschen Volksgenossen ein Lehrbuch über volkswirtschaftliche Grundbegriffe schreiben. Darin sollte als erster und leitender Satz prangen „Geld ist eine Anweisung zum Bezug von Waren“. Selbst wenn es so wäre, wie Adolf Hitler meint, wie es aber in der Tat nicht ist, daß wir nämlich unsere Reparationsverpflichtungen in deutschem Gelde abdecken müßten, dann würden die deutschen Zahlungsmittel bestimmt nicht lange in den Geldstrahlen der Reparationen empfangenden Länder liegen bleiben. Da man für deutsche Mark nur in Deutschland kaufen kann, so würden sie bald zum Ankauf deutscher Waren Verwendung finden, also zu uns zurückströmen. Dem Geldstrom folgt der Warenstrom, was sich aus dem oben ausgeführten volkswirtschaftlichen Grundsatz, daß das Geld nur einen Bezugsschein auf Waren darstellt, als Selbstverständlichkeit ergibt. Das wußten natürlich die Sachverständigen, die alle bisherigen Reparationspläne schmiedeten. Sie haben deshalb die Wege stark vereinfacht, was aus dem Youngplan am deutlichsten hervorgeht. Dort ist nämlich bestimmt, daß die uns aufgebürdeten Lasten zum Teil durch direkte Warenlieferungen (Sachlieferungen) und zum anderen Teil durch Devisen abgetragen werden müssen. Devisen sind ausländisches Geld, und im Youngplan steht wörtlich zu lesen, der über die Sachlieferungen und den ungehörten Teil der Annuität hinausgehende Teil, soll in gleichen monatlichen Teilbeträgen in ausländischer Währung zahlbar sein“. Um die erforderlichen Devisen zu erhalten, müssen wir Waren exportieren, so daß auch hier wiederum das Reparationsproblem zu einem Problem der Warenlieferung wird. Freilich ist unsere Reparationsschuld eben aus diesem Grunde in ihrer Höhe wandelbar, da der uns auf Reparationskonto gutzuschreibende Betrag, soweit die Sachlieferungen in Frage kommen, sich entsprechend dem Absinken des Weltmarktniveaus vermindert, wir also für das gleiche Warenquantum weniger angerechnet bekommen. Ebenso müssen wir bei gefallenem Weltmarktpreis entsprechend mehr Waren exportieren, um die von uns der internationalen Zahlungsbank in Basel zu übergebenden Devisen zu erhalten. So nimmt man an, daß der zur Zeit herrschende Tiefstand der Weltmarktpreise unsere Reparationslast um etwa 15 bis 20 Prozent erhöht hat. Theoretisch würde eine Verzehnfachung oder Verzwölffachung unserer Reparationslasten erst eintreten, wenn das jetzige Weltmarktpreisniveau um 90 bis 92 Prozent absinken würde. Das ist natürlich haltlose Phantasterei, aber Adolf Hitler stellt sie uns heute schon als Wirklichkeit hin.

Wir fragen uns nur, wie es möglich ist, daß der deutsche Faschismus sich so großer Förderung durch die erzkapitalistisch eingestellten Volksgruppen erfreut. Gerade dort sollte doch ein Maß von wirtschaftlichen Kenntnissen vorausgesetzt werden können, das den Nationalsozialismus zu dem Stempel, was er in wirtschaftspolitischer Beziehung ist, nämlich kindliche Spielerei. Aber davon ist nichts zu merken. Der Grund ist klar, die nationalsozialistische Agitation lenkt besser als alles andere vom wahren Krisengrunde, der Existenz des kapitalistischen Wirtschaftssystems, ab. Und das lohnt man ihm in den Kreisen, die am Fortbestehen des Kapitalismus interessiert sind.

Die Form moderner Grabsteine

Unter diesem Titel hat der Verlag Otto Baumgärtel, Berlin, eine Mappe herausgegeben, jedenfalls war der Verlag der Meinung, den Bestrebungen zur Erneuerung der Friedhofskunst, im Hinblick auf die Grabmale, zu dienen. Die „modernen Grabsteine“ hat der Architekt K. A. Linden gezeichnet. Darüber erhalten wir von Herbert Bolwahn, akad. Bildhauer, Dresden-Blasewitz, folgende kritische Vorgesprächung, der wir deshalb gern Raum geben, weil sie sich in der Hauptsache mit unserer allgemeinen Auffassung auf dem Gebiete der Grabmalerei deckt:

Es besteht kein Zweifel: Die Schwere unserer Zeit hat nicht nur wirtschaftliche Ursachen. Wer Verantwortung fühlt, wird in dem gleichen Maße von geistigen Konflikten beherrscht, so daß es nur eine Frage des weltanschaulichen Standpunktes ist, welche von beiden Triebkräften, die ökonomische oder die geistige als entscheidend angesehen wird. Dieselben Erscheinungen haben alle Schichten, Klassen und Berufe durchdrungen. So sind auch in der Steinbildhauerei die kunsthandwerklichen Probleme, also die geistigen, nicht geringer als die wirtschaftlichen.

Wer sich von uns mit einer Erneuerung der Friedhofskunst befaßt, muß erst jene harte Mauer durchbrechen, die immer noch in Gestalt von Porzellanengeln und Scheußlichkeiten aus allen falschen „Stilen“ der letzten 50 Jahre die Sicht auf neue Werte verdeckt. Eine weitere Gefahr droht dem Kunsthandwerker von der Industrie, die Granit in weitestem Maße maschinell bearbeitet, und von der Serienfabrikation des Kunststeines, einer Zementmischung, die weder mit Kunst noch mit Stein etwas gemein hat, aber wegen ihrer Billigkeit die Friedhöfe überschwemmt. Der Kaufmann hat den Meister verdrängt, und die vielen Herren in weißen Kitteln, die heute die Grabsteingeschäfte leiten, wissen mit Schreibmaschine und Lohnkarten weit besser umzugehen, als mit Schlägel und Meißel. Und doch sind noch viele, die wissen, daß das künstlerische Grabmal die einzig würdige Ehrung für den Toten ist. Eine neue Bewegung ist im Werden. Sorgen wir dafür, daß sie nicht wieder von Schlagworten erschlagen wird und sich so als „Stil“ totläuft und enttäuscht!

Nun hat der Verlag Otto Baumgärtel die eingangs erwähnte Mappe herausgegeben, von einem Architekten gezeichnet. — Man fasse sich diese Mappe zur Warnung dienen!

Zwei Vorworte liegen bei; das letzte, welches Linden in Form eines Briefes schreibt, ist nichts als ein arroganter Unförm. Ich darf das in aller Offenheit sagen, weil er darin versichert: „... ich freue mich über die schärfste Kritik“. Und zuvor: „... ich möchte Ihrem Urteil nicht vorgreifen, doch glaube ich durch die Linienführung etwas Neues geschaffen zu haben“. Nein, Herr Linden, vor sechs Jahren haben andere und ich selbst durch Kombination einfacher Ruben in dieser Richtung experimentiert, einige solcher Grabsteine sind auch ausgeführt worden; doch haben diese Versuche nur zu klar bewiesen, daß das kein Weg zu einer neuen Friedhofskultur ist. Zugleich haben wir damals erfahren, daß die Symmetrie ein Formelement des Satralen ist; und heute proklamieren Sie die willkürliche (und recht planlose) Gewichtsverlegung, die vor einigen Jahren als interessant galt. „... ich kann wohl sagen, es machte mir wenig Mühe, denn unter den Skizzen war manches Gute, und von diesem suchte ich mir das Beste heraus.“ Wir wollen das Beste vom Guten, das mit so wenig Mühe gefunden wurde, einmal genau ansehen.

Ein Architekt entwirft Grabmäler und entzieht so dem Steinbildhauer das Wertvollste seines Berufes: die schöpferische Arbeit! Dieser Zustand ist von vornherein ungesund, weil durch ihn der Bildhauer zum Handlanger des Architekten erniedrigt wird. Der Architekt, der nie einen Krönel in der Hand gehabt hat, glaubt lediglich auf dem Papier dem Stein Form und Gestalt geben zu können.

Das sollte richtiger nur der vollführen, der mit dem Stein vertraut ist, mit seiner Dichte und Härte, mit seinem „Wachstum“ und Alter, wer ihn unter den Händen gespürt und seine Oberfläche betastet hat, als sie sich bei der Arbeit veränderte. Nur wer so in Stein denken gelernt hat, kann den Stein gestalten!

Gestalten heißt: Eigenschaften, die im Stoffe ruhen, wachrufen. Nicht zufällig wählte man den Stein zum Grabmal! Kein Material eignet sich so zum Sinnbild des Todes, der Ewigkeit, der Erhabenheit. Die Leistung des Gestaltenden besteht darin, diese Werte als Eigenschaften im Stoff auszugraben und allen sichtbar zu machen. Gestalten heißt nicht, sich auf dem Papier Formen ausdenken, die eben so gut in der Reklamembranche verwendet werden können, aber

nicht auf den Friedhof gehören. Man entwirft Plakate und Stoffmuster, man dekoriert Schaufenster und Hochzeitstafeln. Das paßt jedoch nicht an Grabsteinen. In Verkennung dieser fundamentalen Gesetze hat K. A. Linden Grabsteine „entworfen“, von denen manche an Hochhäuser, andere an Schaufensterattrappen erinnern.

In beiden Vorworten wird gern die Sachlichkeit und große Einfachheit der Entwürfe hervorgehoben. Man hat offenbar immer noch nicht begriffen, daß das ewige Geschrei nach Sachlichkeit im Reiche der Kunst ein unfreiwilliges Armenzeugnis bedeutet. Als ob wir uns mit dem Formenreichtum und der künstlerischen Intensität alter Grabmäler messen könnten, die auf vergessenen Friedhöfen stehen. Sie entstanden in Zeiten, in denen es noch nicht Mode war, Unvermögen mit Schlagworten zu bemänteln.

Und wie sieht die heute so gepriesene Sachlichkeit aus? In absoluter Unkenntnis des handwerklichen Vorganges und durch Vergewaltigung des Materials werden Ruben aneinander gefügt und mit allerlei Kanten und Vorprüngen versehen, die den Charakter des Verstorbenen ausprägen sollen, „und da ist jeder Ruben aufs höchste verpönt.“ Wie nennen Sie denn die Krangelassen aus Blech und Nidel, Herr Linden, mit denen Sie Ihre sonderbaren Gebilde verzieren? Ich entsinne mich, daß dergleichen auf Platiné-Badungen gemalt wurden, als man noch nicht begriffen hatte, daß der Expressionismus eine geistige Bewegung war und keine Modererscheinung zur Belebung der Konjunktur.

Dieser Architekt ist ein schlechter Dekorateur, aber kein Gestalter. Dekorativ nennen wir die nur ästhetische Form ohne seelischen Gehalt (Kunstgewerbe), schmuckhaft dagegen die lebendige Kunstform, die in sinnvoller Beziehung zum Stein steht, diesem jedoch nicht hinzugefügt wird, sondern ihm entwächst (Kunsthandwerk). Es erübrigt sich, im weiteren die Beziehung des Verfassers zum Organischen zu untersuchen, demgegenüber er in Text und Zeichnungen eine völlige Ahnungslosigkeit zu verstehen gibt.

„Die Form moderner Grabsteine“ heißt die Mappe. Wir haben gesehen, daß diese Nachwerke formlos sind, zugleich wissen wir, daß modern immer nur das Zeitverbundene ist, während es sich hier um einen Jugendstil in geraden Linien handelt, also um Antiquitäten.

Wir lehnen es ab, vom Architekten entworfene Grabsteine auszuführen, zumal wenn sie derart sind, daß sie den einfachsten Forderungen des Materials und des Handwerks widerstreben. Das kann nicht eindeutig genug gesagt werden, damit nicht immer wieder Unberufene die Situation noch mehr verwirren, anstatt schaffend und klärend zu wirken.

Kollegen! Lest eure Verbandszeitung

und gebt gelesene „Steinarbeiter“ an unorganisierte Steinarbeiter, Steinbildhauer, Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter weiter. Die Werbearbeit für den Verband darf nie stocken oder gar erlahmen!

„Kommunistische Selbstsucht“

In einer Rundschau vom 5. des „Steinarbeiter“ haben wir bereits auf die merkwürdigen gewerkschaftlichen Handlungen in der Berliner „Citydruderei“ hingewiesen. Das ist jene Druderei, in der die „Kote Fahne“, das KPD-Zentralblatt, gedruckt wird. In jeder Ausgabe werden die Gewerkschaften angepöbelnd und ihnen Moskauer Lehren erteilt. Diese muten, im Durchschnitt gesehen, an, als wären sie von gewerkschaftlichen und politischen Analphabeten verfaßt. Abgesehen von diesen ist es wissenschaftlich wertlos, wie sich nun die eingangs erwähnten gewerkschaftlichen Dinge in der betreffenden Druderei entwickelt haben. Unter der obigen Überschrift berichtet darüber der „Korrespondent“, die gewerkschaftliche Zeitung für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer, in seiner Nr. 32 vom 22. April 1931:

„Inzwischen hat die weitere Entwicklung der Dinge in diesem Hort parteipolitischer Prostitution dazu geführt, daß alle noch in diesem Betrieb Beschäftigten aus den in Frage kommenden Gewerkschaften ausgeschlossen werden mußten. Es wird daher die „Kote Fahne“ in Berlin heute nur noch von gewerkschaft-

lich Unorganisierten hergestellt, und zwar nach Grundrissen, die bisher als typische Kennzeichen der „Gelben“, d. h. willenloser Unternehmerrückende, gegolten haben.

Handelte es sich bei jenem ersten Stadium kommunistischer Selbstsucht mehr um die Angst vor der Einschüpfung Andersdenkender in die parteipolitische Giftmischerei und Arbeiterverhexung im eigenen Herdeseßel, und spielte zunächst die Sorge um die „Wirtschaftlichkeit“ des Betriebes der „City-Druderei“ noch eine untergeordnete Rolle, so trat diese Spekulation, nachdem man endlich parteipolitisch „unter sich“ war, um so dreister hervor. Denn wozu sollte man schließlich überhaupt „geäubert“ haben, wenn dabei für die linientreue Gefinnung nicht auch noch das letzte Opfer gebracht werden sollte. Da kam denn die Verordnung vom 28. März zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen wie gerufen. Sie gab den Kanariern der „City-Druderei“ Gelegenheit, ihre wirtschaftsfriedliche Gefinnung ihren Brotaggebern gegenüber durch folgenden Beschluß in Nr. 85 der „Koten Fahne“ unter der idyllischen Balkenüberschrift „Unsere Antwort an Brüning und Severing“ zu verkünden und zu verherrlichen:

„Die Besetzung der Citydruderei wird innerhalb der nächsten drei Monate täglich eine Stunde freiwillige Überarbeit ohne Bezahlung leisten und die Parolen „Sparen an jedem Pfennig“ zum Leitmotiv ihrer Handlungen machen, um den gesteigerten Anforderungen der revolutionären Bewegung gerecht zu werden.

Das ist unsere Antwort an Brüning und Severing.

Unsere freiwillige Überarbeit nimmt keinem arbeitslosen graphischen Arbeiter die Beschäftigung. Sie gibt der Partei die Möglichkeit, die behördlichen Schikanen und die Auswirkungen der Vorzensur gegen die revolutionäre Literatur zu einem Teil unwirksam zu machen.

Wir verurteilen und charakterisieren diesen Beschluß als Merkmal gelber Gefinnung nicht deshalb, weil er den scheinheiligen Stempel parteipolitischer Opferwilligkeit trägt, sondern deshalb, weil er einen Verrat und eine Preisgabe gewerkschaftlicher Grundsätze darstellt. Denn hier handelt es sich um eine Verhinderung grundlegender gewerkschaftlicher Bestimmungen und der von den Gewerkschaften unter großen Opfern erkämpften tariflichen Rechte aus rein parteipolitischer Liebedienerei oder Knechtseligkeit. Wir sind Gegner der Notverordnung vom 28. März d. J. zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen, insbesondere des zweiten Abschnitts dieser Verordnung, der die bisherigen gesetzlichen Verbotsmöglichkeiten von Zeitungen und anderen Druckschriften wesentlich erweitert und erleichtert; aber wir erblicken in dem von den RGO-Kadetten der Berliner „City-Druderei“ beliebten „Protest“ gegen diese Verordnung weder ein sachlich wirksames noch von gewerkschaftlichen Grundsätzen als empfehlenswertes Mittel, sondern einen geradezu frevelhaften Verrat fundamentaler Arbeiterinteressen. Ist es schon an und für sich eine unerantwortliche Preisgabe politischer Meinungsfreiheit, wenn das Arbeitsverhältnis von der parteipolitischen Tendenz des Betriebszweckes abhängig gemacht wird, wie dies neuerdings in den meisten kommunistischen Parteibetrieben auch an anderen Orten üblich geworden ist, so muß die im vorliegenden Fall jutage getretene bewußte Untergrabung arbeitsrechtlicher Grundsätze in Richtung der reaktionärsten Wünsche und Forderungen des Unternehmertums geradezu als parteipolitische Verhöhnung des ganzen bisherigen Ringens der freien Gewerkschaften empfunden werden. Wird doch dadurch der Forderung der ärgsten Scharfmacher und Befürworter der privatkapitalistischen Wirtschaft auf Ver längerung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Lohnsenkung in geradezu frivoler Weise von kommunistischer Seite Vorschub geleistet. Auch der Zweck dieser reaktionär-radikalen Liebedienerei vor parteipolitischen Gößen ist ein völlig verfehlter. Denn seine letzte Erfüllung würde doch nichts anderes bedeuten als die Ersetzung einer Diktatur oder Gewalt herrschaft durch eine andere, und zwar durch die Träger einer Diktatur, die bisher schon vor den gemeinsten Mitteln nicht zurückgeschreckt sind, um die politische und gewerkschaftliche Abwehrkraft der deutschen Arbeiterschaft durch parteipolitische Verhexung und Zerstückelung zu schwächen, statt sie zu festigen. Die parteipolitische Opferbereitschaft spielt dabei nur eine untergeordnete Rolle; ihr könnte auf einwandfreierem Wege mit gleicher Hingabe Rechnung getragen werden. Ausschlaggebend ist die bewußt und rücksichtslos vollzogene Preisgabe der Interessen der arbeitslosen Kollegen von den Gewerkschaften geforderten Einführung der Fünftagewoche durch freiwillige Verlängerung der täglichen Arbeitszeit ohne jeden Lohnausgleich. Die kühnsten Träume der rücksichtslosten Scharfmacher in Unternehmertreue werden dadurch noch übertroffen. Selbst Reichskanzler Brüning wird sich über diese praktische Erfüllung seines Wunsches nach einer baldigen engeren Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Arbeitern auf dem Gebiet der Arbeitszeit- und Lohnregelung zur Entlastung der Wirtschaft freuen. Daß aber die Kommunisten die ersten sein würden, die sich in solchem Sinne einer größeren Wirtschaftlichkeit der Betriebe opfern, dürfte er am allerwenigsten erwartet haben!

Aus dem Wetterwinkel



In einem Berliner Beamtenblatt, das den organisierten Arbeitern sehr nahe steht, konnte man kürzlich von einer Unterhaltung (Interview, sprich: Interview) lesen, die zwischen einem Weg- oder Straßenmeister und einem Schreiberbessenen stattgefunden hat. Der Mann vom Straßenaufsichtspersonal wies mit Recht darauf hin, daß ein großer Teil Volksgenossen gar nicht wisse, welche Rolle heute der Landstraße im Personen- und Warenverkehr zusteht. Die meisten unterschätzen noch heute die Bedeutung der Landstraße.

Sie betrachten sie als eine jahrtausendalte Einrichtung, die sich in ihrem Charakter wenig geändert hat. Aber jene, die mit dem Straßennetz vertraut sind, beobachten deutlich, wie sich im Aufbau der Straße durch all die Zeiten eine große Wandlung vollzogen hat, die der des Häuserbaues — von der Hütte zum Wolkenkratzer — durchaus zur Seite steht.

Zur Zeit der Handelskarawanen und der Postkutsche war die Landstraße die einzige Verbindung zwischen Dörfern, Städten und Ländern. Große historische Gasthöfe, zum großen Teil an den internationalen Handelsstraßen gelegen, sind heute noch Zeugen dieser Zeit. Hier wurde gedreht, das heißt Vorspann genommen oder die Pferde gewechselt. Mit der Einführung der Eisenbahn kam der Umbruch. Die neue Beförderungsmittel war schneller, billiger und vor allem sicherer. Die Landstraße war auf dem besten Wege, zu vereinsamen. Teilweise hielt man ihre Rolle für ausgespielt, jedenfalls behandelte man sie lange Zeit als Stiefkind. Bis die Zeit des motorisierten Verkehrs heranreife, dessen Entwicklung heute noch nicht abzusehen ist. Man kann wohl ohne Übertreibung sagen, daß sich die Landstraße inzwischen ihre beherrschende Rolle im Verkehrsnetz wieder zurückerobert hat. Eine auffallende Erscheinung unseres Verkehrslebens ist der erbitterte Konkurrenzkampf zwischen Eisenbahn und Kraftwagen; die Landstraße profitiert nur davon. Mittlerweile sind an den Landstraßen besondere Vorkehrungen getroffen worden, um dem modernen Verkehr gerecht zu werden. Der Raubbau während des Krieges hatte die Straßen sehr stark in Mitleidenhaftigkeit gezogen. In dem Maße, wie sich nun der Autoverkehr verstärkte, mußten die Anstrengungen vergrößert werden, um die Leistungsfähigkeit der Straßen wieder auf ihre alte Höhe zu bringen. Darüber hinaus mußte die modernste, zweckmäßigste Straße geschaffen werden. Es wurden kurze Versuchsstrecken geschaffen, auf denen alle modernen Gedächtnisse hintereinander gezeigt und ausprobiert wurden. An diesen Strecken lernten die Straßenmeister die zweckmäßigste Bearbeitung der Straßen kennen. Da diese Versuchsstrecken nur vereinzelt angelegt wurden, mußten die Straßenmeister großer Distanz zusammenkommen und an dieser einen Stelle unterrichtet werden. Wie vielseitig die Kenntnisse sein müssen, dafür nur ein Beispiel: Durch die großen Lastzüge, die in der letzten Zeit immer mehr aufkommen und die zum Teil bis zu 400 Zentner belastet sind, wird die Straßendecke ganz enorm beansprucht. Die Schäden durch diese übermäßige Belastung

machen sich besonders stark im Frühjahr bemerkbar. Durch das Tauen und Weichen des Frostes bleibt eine gewisse Feuchtigkeit zurück, durch die die oberen Schichten der Straßen mitunter auf Strecken bis 300 Meter aufgeweicht werden. Bei derartigen Schäden bleibt nichts anderes übrig, als die betroffenen Straßenteile von Grund auf neu zu bearbeiten. Ueber die zweckmäßigste Gestaltung entscheidet dabei die vielseitige Erfahrung des Straßenmeisters.

Die Straßen werden während solcher Reparaturarbeiten nur in den seltensten Fällen ganz gesperrt. Deshalb ist ja auch die Arbeit bei Straßenerneuerungen schwierig. Während der Arbeit muß wohl oder übel der ganze Verkehr aufrechterhalten werden. Gewöhnlich wird dabei so verfahren, daß erst der linke Teil der Straße repariert und danach der rechte Teil in Angriff genommen wird. Die Fahrzeuge werden dann jeweils über den nicht unter Bau liegenden Straßenteil geleitet. Und hierbei hat der Straßenmeister seine Geschicklichkeit einzusetzen, denn der Bau muß vorankommen und der Verkehr darf trotzdem nicht Stocken. Das kostet Nerven! Welchen Umfang der Verkehr hat, beweist die Statistik. Eine Fernverkehrsstraße passieren innerhalb acht Stunden etwa 600 bis 700 Kraftwagen. Dazu kommen aber noch die Pferdebehrmerle, Handwagen, Fahrräder, Fußgänger. All dieser Verkehr belastet die Straße auch während des Baues. Und wenn die Autos die Langsamfahrzeichen einhalten würden, ginge es ja noch, aber 80 Prozent aller Automobilisten achten nicht auf die Bauhilder: „15 Kilometer fahren!“ Dann muß auch oft genug vermittelt werden wenn sich ein Chauffeur und ein Kutscher in die Haare kriegen, weil die Pferde dem Autoführer nicht schnell genug aus dem Wege fahren. Und, damit es nicht vergessen wird: neben den täglichen Straßenerneuerungsarbeiten hat der Straßenmeister noch für die Behandlung der Obstbäume, deren Berchnitt und die Schädlingsbekämpfung zu sorgen. Die schwierigste Dienstzeit des Straßenaufsichtspersonals ist zweifellos bei Eintritt der kalten Jahreszeit, dann hat der Straßenmeister alle Hände voll zu tun, die Straßen von Glätte und Schneeverwehungen zu befreien.

In dem vorstehenden Sinne hat sich die Ausfragerei des Straßenmeisters über seinen Dienst vollzogen. Aber es hätte durchaus nichts geschadet, wenn er auch über die nach seinen Erfahrungen praktikabelsten Straßendecke und über die sonst noch bei den Wege- und Straßenbauten in Frage kommenden Arbeiten und Arbeiter-Ausführung gegeben hätte. Das ist sicher die Steinlopfertätigkeit (wahrheitlich wurde er darüber nicht gefragt). Der Steinlopper hockt vor seinem Schotterhaufen und wird von den wenigsten, die sich für den Straßenbau interessieren beachten, weil fast immer die Auffassung vorherrscht, dieser Steinlopper an der Chauffee sei nur so eine Art geduldetes Uebel und erhalte Gnadenbesoldigung. Leider ist nicht selten solche Auffassung zu hören, zumal die meisten Steinlopper älter aussehen wie sie in Wirklichkeit sind und mit Rückstich auf den Steinhaufen und die Witterungseinflüsse sich auch entsprechend einpuppen, so daß eine Verwechslung mit einer Vogelscheuche möglich ist. Das schlechteste Zeug und der verhaßteste Hut ist gerade gut genug. Tene Automajillen, denen es fast durchweg nur auf das Kilometerzählen ankommt, sind die Hochwürdigsten gegen den Steinlopper. Gezwungen freundlich sind die Kilometerzähler nur, wenn zufällig in der Nähe des Steinloppers das Auto eine Panne erleidet und der Autolenker nicht selbst über genügend

Kraft und Handwerksfertigkeit verfügt, den Schaden zu beheben. Recht drohlige und amüante Beobachtungen habe ich bei solchen Begebenheiten schon machen können. Aber wenn ich auf jener Seite Geschwollenheit und Herablassung bemerke, verhalte ich mich natürlich um so zügelnder und lasse sie nurfen. Im Laufe der Jahre habe ich mir sogar allerhand Werkzeug zusammengeschmifert, aufgegeben aus dem Landtrabredred, es war verloren oder vergessen von den Kilometerzählern und wenn ich behaupte, damit ganz gut und verständig umgehen zu können, ist das durchaus keine Übertreibung.

Mich auszufragen, also zu „interviewen“, hat schon mancher versucht, das ist nur wenigen gelungen, die meisten sind so oder so abgeblüht. Und einer, dem es gelungen war, der hatte mich sogar aus Mitleid zum Schweineschlachten eingeladen. Das war vor einigen Monaten im Nachbarort, also noch nicht lange her. Selbstredend bin ich hin. Mit einem Schwupps und fast in jeder Tasche Wurst und Fleisch, natürlich eingewickelt, bin ich dann spätabends wieder heimgetrotzt. Solange dieser Vorrat reichte, summe mir tagelang als Lakt beim Schotter schlagen das dort geungene blöde Lied in den Ohren. Es heißt so: „Hinaus in die Ferne mit Butterbrot und Speck, das essen wir so gerne, das nimmt uns keiner weg. Und wer das tut, den hau'n wir auf den Hut, den hau'n wir auf die Nase bis sie blut.“ Natürlich habe ich nach anfänglichem Strauben und nachdem ich einzelne „Harte“, die bei solchem Fest nicht fehlen, hinter der Binde hatte, diesen Quatsch mitgenommen, denn unter Wölfen muß man mit heulen. Das gediegene war bei diejem häuslich-traditionellen Fest, daß auch ein arbeitsloser Steinbruchpächter mit eingeladen war, der jetzt recht kleinlaut geworden ist gegen früher. Ich glaube, der hatte beim Nachhausegehen noch mehr Wurst in seinen Taschen als ich. Bei dem Singen des blöden Liedes kam mir sein Hutträger und seine Nase recht bedenklich nahe, so daß bei mir das Verlangen wuchs, darauf den Takt zum Liebe zu schlagen, doch habe ich mich bezwungen, denn Krakeel zu machen gehört sich nicht, wenn man irgendetwas zum Miteffen beim Schlachten eingeladen wird. Solche Einladungen sind in der gegenwärtigen Zeit des Lohnbaues der Arbeitslosigkeit und der anderen Gewalttätigkeiten auf das Arbeiterleben, eine Ablenkung. Und wenn einem dabei noch so einiges in die Taschen rutscht für die Verwendung an folgenden Tagen, ist es jedenfalls auch eine Aufreicherung zum Lebensmut. Das wiederum ist dann Veranlassung, bei dem Hantieren mit dem Hammer auf den zähen Granit, Selbstgespräche mit den anderen Leidensgenossen zu führen. Die wirklich laufige Zeit mit ihren verwirrenden Einwirkungen auf Schwachmütige gibt dazu immer wieder Stoff. Ich will versuchen, solche Selbstgespräche in folgendem festzuhalten:

Steinklopper ducke dich, friß aus der Hand, denk jener, die von der Arbeit verbannt, freu dich, daß du noch darfst den Hammer schwingen, frage nicht nach Lohn und anderen Dingen. —

Steinklopper ducke dich, friß aus der Hand, sei folgiam und meide jeden Verband, spare deffen Beitrag und sei er noch so klein, dann siehst du bei der Arbeit nur Sonnenschein. —

Steinklopper ducke dich, friß aus der Hand, haue Kartoffeln auf eigenem Land. Sorge in allem und immer nur für dich, dann bleibst du der richtige Nidel für mich. —

Was irgend gehen will und wälten.
Muß in der Welt zusammenhalten

Aus dem Verband für den Verband

Willst du dich am Ganzen erquickten / So
mußt du das Ganze im Kleinsten erblicken

Jeder Schrift wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Duzend Programme • Karl Marx

Was erzählt uns die Jahresabrechnung der Hauptkasse für 1930

Im Nachfolgenden werden die Kollegen nicht durch Zahlen ermüdet, sondern es wird versucht, Harzulegen, was aus den ansehnlichen so trockenen Zahlen hervorzuhau für den, der sie aufmerksam liest und sich die Mühe gibt, Vergleiche und Folgerungen zu ziehen. Nun soll das nicht erschöpfend, sondern nur „roh“ geschehen und alles Statistische vermieden werden. Als Unterlagen sind die Jahresabrechnungen von 1930 und 1929 (s. „Steinarbeiter“ Nr. 14) sowie die einzelnen Quartalsabrechnungen des Jahres 1930 benutz.

Von den Einnahmen interessieren nur die von den Mitgliedern geleisteten Beiträge jeder Art. Da können wir gleich bei „Eintrittsgeld“ erweisen, wie die Krise im vergangenen Jahr die Werbemöglichkeit für den Verband beeinträchtigte. Rund 8000 Mark Eintrittsgelder sind weniger eingegangen wie im Jahre 1929. Das bedeutet, daß mindestens 10.000 Kollegen weniger den Weg zum Verband gefunden haben. Obwohl nie alle Neuaufgenommenen dauernde Mitglieder werden, so ist dieser große Ausfall doch bebenflich.

An Vollbeiträgen ist eine Mindereinnahme gegen 1929 von 660.000 Mark zu verzeichnen, der eine Mehreinnahme von 47.000 Mark für Erwerbslosenmarken gegenübersteht. Diese beiden Zahlen harmonisieren aber nicht zueinander, weil der Ausfall an Vollbeiträgen; zu durchschnittlich 90 Pfennig berechnet, zwangsläufig eine weit höhere Zahl an Erwerbslosenbeiträgen ergeben müßte. Nur Mitgliederverlust kann dafür die Erklärung geben. Die Mehreinnahmen an Erwerbslosenmarken zeigen uns einen ungeheuren Ausfall an Arbeitsverdienst. 470.000 Wochen war die Gesamtmitgliedschaft im Jahre 1930 länger erwerbslos als 1929. Für die davon speziell Betroffenen ist das eine Massenanhäufung von sozialem Elend, deren Folgen sich jeder selbst vorstellen kann und die zu erschreckenden Ergebnissen führen müssen bei den ganz unzulänglichen Unterstützungen für Ausgesteuerte.

Durch die Gegenüberstellung der einzelnen Quartalsabrechnungen und im Verhältnis zur Jahresabrechnung für 1930 ergeben sich Unterschiede, die nicht nur durch die Krise verursacht sind, sondern auch durch lässige Beitragsleistung und Anschwellenslassen erheblicher Beitragsreste. So bleibt das 1. Quartal mit seinen Einnahmen für Vollbeiträge und für Erwerbslosenbeiträge weit unter dem Jahresdurchschnitt; das 2. Quartal hat bei beiden Beitragsarten eine weit größere Einnahme als das 1. Quartal. Während das 3. Quartal mit seinen Vollbeiträgen ungefähr dem Durchschnitt entspricht, hat es an Erwerbslosenbeiträgen nur die Hälfte der Einnahmen wie das 2. Quartal; umgekehrt wäre es folgerichtiger. Und nun kommt im 4. Quartal eine Einnahme, die bei Vollbeiträgen ein geringes, aber beachtenswertes Mehr gegenüber dem 3. Quartal zeigt, bei den Erwerbslosenbeiträgen jedoch ein zweieinhalbfaches Mehr beträgt. Aufschluß über diese Anstimmigkeiten erhalten wir durch die seit 1. Juli 1930 eingeführten Invalidenbeiträge, die in der Abrechnung gesondert erscheinen. Sehen wir uns die entsprechenden Zahlen für Invalidenbeiträge an, so ergibt sich, daß hierfür im 4. Quartal 276.420 Wochenbeiträge à 10 Pfennig mehr geleistet wurden als im 3. Quartal. Mit einem verhältnismäßig geringen Unterschied gleicht sich hierdurch das Mehr an Erwerbslosenbeiträgen im 4. Quartal gegenüber dem 3. Quartal aus. Die Zahlen in Mark ergeben demnach fast nur Restbestände aus Erwerbslosenbeiträgen, daß aber mehr, wie hier erkenntlich, Vollbeiträge als Reste vorhanden waren, ist sicher.

Nun war das Jahr 1930 für uns aber auch ein abnormes, weil am 1. Januar neue Beitragsmarken ausgegeben wurden und dieses sich am 1. Juli bei Einführung der Invalidenbeiträge wiederholte. Deswegen auch im 2. Quartal die gegenüber den Vollbeiträgen unverhältnismäßig hohe Zahl an Erwerbslosenbeiträgen; es wurden eben bis zum 1. Juli, wenn äußerlich möglich, alle bis dahin aufgelaufenen Reste beglichen. Manchem Restanten mag da der „Fehler“ unterlaufen sein, einen Vollbeitrag zu drücken und dafür eine Erwerbslosenmarke zu haben, was verwerflich ist. Dazu kam am Jahreschluß das Ablaufen der alten und Ausstellung von neuen Büchern. Auch dieses bewirkte wieder Verschwinden von

So ähnlich wurden von jeher die falschen Sprüche gelehrt, von jenen, die durch Geld und Besitz ihre Macht vermehren. Darum dude dich nicht, schau frei in den Tag, trocke der Unbill, denn ducken ist Schmach. Stehe nie abseits vom organisierten Willen, wirke für ihn immer laut oder im stillen. Glaube an unsere Zukunft! Die Arbeit wird frei von Ausbeutung, Unterdrückung und Hungerei.

Der Steinklopfer-Hannes.

Kohlenstaub und Aktentafche

Musterknaben waren Steinmehnen nie, und ich glaube, wenn es richtig „vollkommene“ Menschen geben würde, dann — na, entschieden würden sie höchst langweilig wirken. Und, daß die Steinhauer heute als Anwärter dafür anzusprechen sind... ich sehe allerlei dagegen. Vor vielen Jahren wurde allzuoft jener Brauch geübt, über den schon Tacitus sich so mißbilligend geäußert haben. „Jener Brauch“ vererbt sich natürlich. Wie so vieles Gute und — Bessere.

Jedenfalls war auf dem Werkplatz schon der zweite Tag mit „Schulzeit“ feiern ziemlich dem Feierabend nah gekommen. Der Alte, besorgt um rechtzeitige Fertigstellung der Stüde, kam mit vor Erregung aufleuchtender Gläse aus seinem Bau gestürzt und jammerte: „Wollt ihr denn nicht mehr arbeiten, was habt ihr denn, sagt's doch, wenn ihr was habt.“ Und erhielt die weiße Antwort: „Was mer ham? Was soll mer denn ham, Dorcht hammer.“

Kollege Karl hatte sich eine Büchse voll Zement zurechtgestellt. Ich glaube er wollte zu Hause Rattenlöcher verschmieren, denn auf Ordnung hielt er sehr. Die Büchse wollte er also nach Feierabend mitnehmen. Wir hatten gerade schlechtes Sandsteinmaterial mit vielen sogenannten Kohlenlöchern. Was lag also näher, als den Zement auszusühten und mit dem wunderhüben, tiefdunklen Kohlenstaub zu vertauschen. Am nächsten und übernächsten Tag fiel beiderseitig kein Wort — nur Karls Schnurrbartspitzen „es ist erreicht“ — zitterten leise. Endlich am dritten Tag pläkte die Bombe. (Wir hatten ihn nach der Bindekraft des Zementes gefragt.) Seine Entladung klang dann aus in den Worten: „Eich Frieder mifte mer elende ausrußen.“ Eingeweichte behaupten, er hätte abends seinen Schirm genommen und allein eine Bergpartie gemacht. Kollege „Kohlnischtoob“ heißt er noch heute.

Johann brauchte eine Aktentafche. Sehr nötig sogar. Sie sollte gut sein und sie sollte nicht viel kosten. Nach Feierabend gingen wir los, Johann, drei Sachverständige und ich als künstlerischer Beirat für Aktentafchen. Bis Ladenschluß hatten wir noch zwei Stunden Zeit. Also! Konnten wir ja noch einen verkötten unterdessen. Nach der zwölften Runde — oder war es die achtzehnte — dachten wir wieder an die Aktentafche.

Johann hat auch heute noch keine...

Lbs.

Resten und damit überhöhte Einnahmen an Beiträgen trotz viel größerer Arbeitslosigkeit im 4. Quartal. Ein Teil der Reste ist erst bei Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung ausgeglichen worden. Jeder Kassierer wird in der Zahlstelle solche haben, die pünktlich ihre Unterstützung verlangen und dann erstaunt und ungehalten sind, wenn ihnen restierende Marken abgezogen werden müssen. Zu den letzteren gehören auch die, die im letzten Jahr noch Rückstände an Kampffondsmarken erledigen mußten. Es mag für manchen von diesen hart gemein sein, aber pünktliche und regelmäßige Beitragszahlung bilden das Rückgrat unseres Verbandes; die Beitragsdrücker, die mindere Beiträge zahlen, als ihr Stundenlohn beträgt, seien hier auch an ihre Pflicht erinnert.

Die „sonstigen Einnahmen“ berühren hier wenig, weil sie außer den Zinsen zwangsläufig fast ebenso hoch wieder in den Ausgaben enthalten sind. Auffällig ist das Einnahmehoch an Zinsen und dergleichen, was sich nicht nur aus der Kapitalzunahme von 1929 erklären läßt.

Auch aus den Ausgaben, soweit sie als Unterstützungen jeglicher Art an die Mitglieder zurückfließen, läßt sich vieles entnehmen, wovon schon die Einnahmen eine bereite Sprache führen. Eine scheinbare Wiederholung bei Behandlung der Ausgaben läßt sich da leider nicht vermeiden, führt aber zu weiteren Erkenntnissen.

Die drei Arten Erwerbslosenunterstützung weisen im Jahr 1930 eine Minderausgabe gegenüber 1929 auf. Also trotz größerer Arbeitslosigkeit im Jahr 1930 weniger Unterstützungsaufwand dafür wie im Jahr 1929? Dieser Widerspruch bestätigt sogar das Anwachsen der Arbeitslosigkeit im Jahr 1930, wie wir auch später noch beim Kapitel „Sonderunterstützung“ erfahren. Der strenge Winter Anfang 1929 veranlaßte im 1. Quartal damals ein Anschwellen der Ausgaben für Erwerbslosenunterstützung. Ein großer Prozentsatz der Kollegen war dadurch ausgefeuert worden und die verminderte Arbeitslosigkeit in der folgenden Zeit hinderte viele, sich einen neuen Anspruch zu erwerben. Erst im 4. Quartal 1930 mag das bei manchem wieder der Fall gewesen sein, denn dieses Quartal zeigt eine Rekordhöhe für Erwerbslosenunterstützung, die selbst die des 1. Quartals 1929 mit seiner Kälte weit übertrifft, was auch in sich schließt, daß sehr viele Kollegen diese Unterstützung erstmalig in Anspruch nehmen mußten.

Dieses beweist uns die Ausgabe für die Sonderunterstützung Weihnachten 1930, die über 11.000 Kollegen eine kleine Beihilfe gewährte. Diesen 11.000 Kollegen war es im ganzen Jahre 1930 nicht möglich gewesen, mehr als 13 Wochen Beschäftigung zu finden. Dabei befinden sich nun auch Invaliden und Mindererwerbsfähige, die kein Anrecht auf Invalidenunterstützung vom Verband haben und beitragsfrei sind; sie geben aber keinen Ausschlag bei Beurteilung der Gesamtlage.

Die Ausgaben für Streik- und Gemahregelunterstützung, für viele der Majßtag für die Stärke als Kampforganisation, die sich aber weit mehr noch meistens in anderer Weise offenbart, lassen auch die Krisenzeit erkennen. Streikkosten haben sich verringert, die für Maßregelungen erheblich erhöht. Ein Zeichen des Unternehmer-Machtwinkels: Nicht mucken, sonst fliegst du!

Die weiteren Ausgaben können außer Betracht bleiben, weil es gewissermaßen laufende sind, obwohl sich auch darin das Wirken des Verbandes spiegelt. Hiervon ist Verbandszeitung und Unterrichts-turse besonders zu beachten.

Wer vorstehenden kritischen Betrachtungen gefolgt ist, zu dem werden Zahlen sprechen können und er wird sie auch verstehen. Es ist nichts reiflos behandelt und ergründet und überläßt es anderen, zu lernen, tiefer zu schürfen. Wer auf Grund dieser Anregung versucht, weiter einzudringen in die Zahlen unserer Abrechnungen, der beachte auch die der Zahlstellen.

S...z. W.

Das Steingewerbe in der Berufsberatung

Die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung bei den Arbeitsämtern ist auch im Geschäftsjahre 1929/30 wieder sehr stark in Anspruch genommen worden. Der Andrang war infolge der allgemeinen Verschlechterung der Wirtschaftslage erheblich größer als im Vorjahre. Nicht allen Ratfuchenden konnte eine offene Stelle nachgewiesen werden, in vielen Berufen standen dem starken Angebot nur wenig offene Stellen gegenüber. Insgesamt wurden die Einrichtungen der Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung von 227.000 männlichen und 172.000 weiblichen Ratfuchenden in Anspruch genommen. Offene Stellen waren für männliche 137.000, für weibliche 60.000 gemeldet, und vermittelt wurden 87.200 männliche und 46.600 weibliche Personen.

Im Steingewerbe, einschließlich Steinseher, standen 1043 Ratfuchenden 614 offene Stellen gegenüber, und nur 379 wurden vermittelt. Auf die einzelnen Berufe verteilen sich diese wie folgt (das Jahr 1929 ist zum Vergleich herangezogen):

	Ratfuchende off. Stellen Vermittelte					
	1929	1930	1929	1930	1929	1930
Steinseher	662	673	164	203	135	179
Steinmeh und Steinbildhauer	221	303	276	338	134	165
Steinschleifer	46	67	98	73	62	35

Bei den Steinsehern hat sich gegenüber dem Vorjahre eine Erhöhung sowohl der Zahl der Ratfuchenden wie der offenen Stellen und Vermittelten durchgesetzt. Bei den Steinmehnen und Steinbildhauern zeigt sich die gleiche Entwicklung, wobei hier die stark gestiegene Zahl der Ratfuchenden und offenen Stellen besonders ins Auge fällt. Bei den Steinschleifern haben die Ratfuchenden zugenommen und die offenen Stellen und Vermittelten abgenommen. Insgesamt ist die Zahl der Ratfuchenden im Steingewerbe von 929 im Vorjahre auf 1043, mithin um 114 gestiegen, die offenen Stellen vermehrten sich von 538 auf 614, mithin um 76, und die Vermittelten stiegen von 331 auf 379, also um 48. Unter den offenen Stellen in der Steinschleiferei befanden sich 23 Anlernstellen, in die 12 vermittelt wurden.

Im ganzen bieten die Ziffern kein günstiges Bild. Sie sind Ausdruck der Wirtschaftskrise und zeugen davon, daß viele ihre Hoffnungen auf Berufe setzen, die überfüllt sind, und in denen eine große

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

4. Gau. Die Sperre für die Steinmehbetriebe in Freyburg-Lauterbach besteht weiter.

5. Gau. Das Grabsteingeschäft Hermann Kemper in Weßel. b. Borken in Westfalen ist nicht zu empfehlen; dort Kost und Logis, erbärmlicher Lohn und 11 Stunden Arbeitszeit. Solche Krauter mögen allein nageln.

6. Gau. Die Betriebe der Firma Pfisterstein- und Schotter-industrie Tiefenstein sind zu meiden wegen Maßregelung.

7. Gau. In Martinlamig b. Schwarzenbach a. S. bei der Firma Wieser (Granitschleiferei) Streit.

11. Gau. In Rostock und im Stralsunder Bezirk ist der Lohnstreit erledigt.

Arbeitslosigkeit vorhanden ist. Auch glaubt mancher, der nicht das Zeug dazu in sich hat, einen dieser Berufe erlernen zu müssen, ihm fällt es nachher doppelt schwer, fortzukommen. Die Berufswahl ist heute eine schwierige Frage, und wer nicht die Eignung für den in Aussicht genommenen Beruf hat, soll lieber die Finger davon lassen. Die Erfahrungen lehren auch, daß die Berufe mit höherem Lohnniveau immer härter bevorzugt werden, wobei freilich der größte Teil sich keine Gedanken darüber macht, woher es wohl kommt, daß diese Berufe besser bezahlt werden. Es muß den Neulingen immer nachdrücklich gesagt werden, daß die gewerkschaftliche Organisation für die bessere Bezahlung gefordert hat. E. N.

Wenzel Lahoda †. Auf unserem Verbandstag in Berlin im September 1929 konnten wir als Vertreter der im Tschechoslowakischen Bauarbeiterverband organisierten Steinarbeiter den jetzt plötzlich am 22. April verstorbenen Kollegen Wenzel Lahoda begrüßen. Seine gewerkschaftliche und sozialistische Schulung hat er nach seinem eigenen Erzählungen im Deutschland der Vorkriegszeit erhalten, das er als Steinmeh durchwanderte. In Sachsen, Schlessen und Berlin arbeitete er als Sandsteinmeh, die älteren Kollegen werden sich gewiß noch des böhmischen Kollegen erinnern, denn er war bei allen lustigen und ernsten Berufsvorkommnissen dabei. Nach Rückkehr in seine Heimat wurde er vom damaligen Oesterreichischen Steinarbeiterverband für die Agitation angestellt, wobei ihm seine Fach- und Sprachkenntnisse sehr zufluten kamen. Nach dem Kriege war er eine kurze Zeit in der kommunistischen Bewegung der tschechischen Republik tätig, wurde aber bald kurieren von seiner Einstellung, denn es war eine Vertreibung der wirklichen Arbeiterinteressen. Der dortige Bauarbeiterverband übertrug ihm dann die Bezirksleiterfunktion im westschleischen Steinbruchgebiet mit seiner zahlreichen Steinarbeiterchaft. Dort hat er sehr erfolgreich gewirkt. Nun ist er, 59 Jahre alt, in Friedberg am 25. April unter zahlreichen Beteiligung der dortigen Arbeiterschaft beigesetzt worden. Die frühere Sandsteinbearbeitung war Veranlassung seines Todes, denn die Staublung hat ihm in seinen Jahren viel zu schaffen gemacht. Mit dem Kollegen Lahoda ist einer der bekanntesten und rührigsten Steinmehnen des alten Oesterreichs dahingegangen. Sein ganzes Leben galt der Interessenvertretung der Steinarbeiter des Nachbarlandes. Alle, die ihn gekannt haben, werden Wenzel Lahoda immer in Erinnerung behalten.

Köln. Am 24. April Berammlung. Kollege Gante gab Bericht von den stattgefundenen Lohnabbauverhandlungen für Steinseher. Die erste Verhandlung scheiterte an den übermäßigen Forderungen der Arbeitgeber. Das zuständige Tarifamt in Köln fällt daraufhin am 21. April einen Spruch, der alle ändern weit in den Schatten stellte. Es wurde ein Lohnabzug von 24 Pfg. pro Stunde, 15 Prozent, vollzogen. Kollege Gante gab einen kurzen Ueberblick von den Lohnabzugsbewegungen im übrigen Deutschland, die alle zwischen 6 bis 12 Prozent schwanken. Verschiedene Kollegen sprachen über den Schiedspruch, waren sich aber alle darin einig, daß dieser Spruch nur zustande kommen konnte durch die große Zahl unorganisierter Kollegen und alles versucht werden muß, diese dem Verbannde zuzuführen. Die Abbitmung über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs war gegen eine Stimme Ablehnung. Im Schlußwort sagte Kollege Gante zur Situation, daß die Möglichkeit bestehe, den Schiedspruch zu unseren Gunsten zu ändern. Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Die Kölner Steinmehnen befaßten sich in drei Beramm-lungen innerhalb acht Tagen mit dem von den Unternehmern beschlossenen Lohnabbau im Steinmehgewerbe. Der Arbeitgeberverband für das Steinmehgewerbe von Köln u. Umg. wollte dem Bau-gewerksbund nicht nachgeben und diktierte einen Abbau von 11 Prozent, gleich 18 Pfg. pro Stunde. Eine am 17. April abgehaltene Berammlung lehnte das Diktat einstimmig ab und beschloß, nur zum alten Lohn von 1,68 Mark weiter zu arbeiten, bis Ber-handlungen stattgefunden haben und ein neuer Lohn vereinbart worden ist. Da die Unternehmer den alten Lohn nicht weiter zahlen, befaßte sich eine am 19. April abgehaltene Berammlung über weitere Maßnahmen. Beschlossen wurde nunmehr, die Unter-nehmer bis spätestens Mittwoch, den 22. April, zur Verhandlung zu laden. Der UGB hat der Einladung Folge geleistet, und nach mehr-stündiger Verhandlung, in der die Lohnkommissionen jeglichen Lohn-abbau ablehnten, machten die Unternehmer einen letzten Vor-schlag: der alte Lohn wird bis zum 24. April weiter gezahlt, von da ab tritt eine Lohnsenkung von 6 Prozent, gleich 10 Pfg. die Stunde ein. Eine am selben Abend stattgefundene Berammlung, in der für und gegen den Vor-schlag Stimmung gemacht wurde, beschloß, den Vor-schlag der Unternehmer anzunehmen. In der darauf erfolgten Ber-sammlung des neuen Lohnabkommens heißt es: „Bis zur endgültigen Lohnbewilligung im Baugewerbe.“ Demgemäß haben die Kölner Steinmehnen alle Ursache, auf dem Posten zu sein, um einen zweiten Lohnraub zu verhindern.

Essen. Generalberammlung am 19. April. Der Vor-sichende Kollege van Treed verliest einige Schreiben von der Zentrale und vom Kartell. Hierauf lebhaftige Diskussion besonders darüber, daß in diesem Jahre die Maßfeier mittags stattfinden soll. Im allge-meinen waren die Kollegen alle noch der Meinung, daß am Welt-feiertag der Arbeiterklasse die Arbeit zu ruhen hat, und nicht wie vom Ortsaus-schuß herausgegeben wurde, daß keine Aufforderung erfolgen soll, die Arbeit ruhen zu lassen. Es folgte dann die Ber-sprechung der Jugendbewegung; am 22. April soll die erste Zusam-menkunft stattfinden. Es haben sich genügend Kollegen gemeldet, die die Jugendbewegung unterstützen wollen. Für uns alle kann nur die Lösung sein: Wer die Jugend hat, hat die Zukunft. Dann erfolgte Kas-senbericht. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. 2 ältere und 2 jüngere Kollegen wurden dann zu Revisoren ge-wählt, damit auch die Jugend sich einarbeiteit. Beim 3. P. forderte ein Kollege Rücksicht für Konferenzteilnehmer und -delegierte fest-zusetzen. Einige Kollegen protestieren ganz entschieden gegen die hohen Sätze, die in der heutigen Zeit an Gauleiter wie an die Kollegen gezahlt werden. Des weiteren wurde scharf Stellung ge-nommen zum Invalidenbeitrag auf der Erwerbslosenmarke, das bedarf unbedingt einer neuen Regelung auf dem kommenden Ver-bands-tage.

Niederlammig. Die Zahlstelle hielt am 2. Mai in Großwöbern einen Familienabend ab zu Ehren von acht Kollegen, die auf eine 25-jährige Verbandszugehörigkeit zurückblickten. Als Vertreter des Verbandsvorsitzandes war Kollege Neumüller anwesend. Der geräumige Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Er-leitung des Abends eröffnete die Kapelle unserer Musikfreunde so-mie ein Chorgesang unserer waderen Sängerin der Freien Turnerschaft. Frä. Johanna Schlund brachte einen der Würde angepaßten Prolog zum Vortrag. Vor-sichender Kollege Karl Walther begrüßte die Jubilare, alle Anwesenden einschließlich des Vorsitzs-vertreters, der vortreffliche Ausführungen machte für die Jubilare, Agitation und Kämpfe, unter denen die Steinarbeiter des Rieckel-gebirges schon oft zu leiden hatten. Besonders wies er auf die Frauen hin, die unsere Kollegen stets eine Stütze sind und die Treue zum Verband festigen helfen. Kollege Neumüller überreichte dann jedem Jubilare die Buchgabe der Zentralleitung und von der Zahl-stelle. Kollege Joh. Gläsel dankte im Namen der Jubilare und brachte ein Hoch aus auf den Steinarbeiterverband. Aber auch unfer jugendlicher Kollege Wunderlich trug zur Verschönerung des Abends bei, indem er Urkomisches zum besten gab, wobei wahre Maßhalten ausbrachen. Musik und Gesangs-vorträge wechselten ab, allzu schnell vergingen die Stunden. Alle Besucher gingen vollbefriedigt nach Hause, waren es doch einige genuefrliche Stunden, die unsere Kollegen mit ihren Angehörigen an diesem Aften verbrachten. Und nun laßt uns weiterarbeiten im Interesse des Verbandes.



Wahrnehmung!

DER TAGLICHE UNFALL

Wahrung, Hausfrauen! Neuerdings propagiert eine Hamburger Teppichfirma „10 Gebote für schadhafte Teppichbehandlung“ sogar in Broschürenform und empfiehlt, zur Reinigung ziemlich erhebliche Mengen von Benzol zu verwenden. Es muß daher immer wieder davor gewarnt werden, derartig leichtsinnige Gefährdung von Leben und Gesundheit der Wohnungsinhaber zu riskieren. Die Gefahr liegt darin, daß die sich entwickelnden Benzingase mit der atmosphärischen Luft gemischt außerordentlich explosibel sind. Diese Benzindämpfe sind schwerer als die atmosphärische Luft, bewegen sich am Boden entlang entsprechend den hier herrschenden Strömungen und kommen auch an weit von der Benutzungsstelle des Benzins entfernten Feuerstellen, brennenden Lichtern, entzündeten Streichhölzern oder gar schon an Funken von elektrischen Kontakten zur Entzündung und Explosion. Schon 2,5 Teile Benzin auf 100 Teile Luft, also ganz geringe Mengen, lassen das gefährliche Explosionsgemisch entstehen. Selbst das Dehnen der Fenster bei solchen Arbeiten genügt nicht als Vorbeugungsmaßnahme, weil die schweren Benzindämpfe auf dem Boden ruhen und nicht abziehen können. — Geradezu gemeingefährlich ist das Fortgießen benutzter Benzinnengen in die Wasserleitungen, Toiletten und dergleichen. Denn dadurch können explosionsgefährliche Gasmengen in die Kanalisation gelangen, die sich schlimmer auswirken können, als wenn man ganze Straßenzüge mit Dynamit unterlegt.

Das Ende einer Verleumdung gegen die Gewerkschaften. Für die SPD samt ihrer AGD gibt es nur einen Feind: die freien Gewerkschaften und ihre Führer. Kann man die Gewerkschaften nicht bekämpfen, so kann man doch ihre Führer beschimpfen, verdächtigen und verleumdern. Mit einer dieser schmutzigen Verleumdungen hatte sich jetzt die Zweite Zivilkammer des Dresdner Landgerichts zu befassen.

Die kommunistische „Arbeiterstimme“ in Dresden hatte im September vorigen Jahres im Anschluß an die Bundesausschließung der freien Gewerkschaften im Dresdener Volkshaus die Behauptung aufgestellt, die Sitzung sei mit Sauf- und Freijugeln abgeschlossen worden. Obwohl diese Behauptung von der Dresdner „Volkzeitung“ sofort als unwahr zurückgewiesen wurde, blieb die kommunistische „Arbeiterstimme“ bei ihrer Verleumdung, ja, sie veröffentlichte sogar eine Speise- und Weinarte, womit sie die Verantwortlichkeit ihrer Behauptung beweisen wollte. Daraufhin strengten Leipart, Graßmann, Hermann Müller-Lichtenberg und Arndt gegen die Verleger der kommunistischen „Arbeiterstimme“ einen Zivilprozess an.

Die Beklagten wurden verurteilt, eine Wiederholung der Verleumdung der Mitglieder des Bundesausschusses des ADGB zu unterlassen und den Klägern allen Schaden zu ersetzen, der ihnen durch die Aufstellung der fraglichen Behauptungen entstanden sei. In der Urteilsbegründung wurde festgestellt, daß sich die Behauptungen der „Arbeiterstimme“ als völlig haltlos erwiesen haben. Die fraglichen Verleumdungen seien Presseerzeugnisse, die abichtlich die Ehre und das Ansehen des Gegners herabzusetzen suchten. Die Veröffentlichung und Verbreitung derartiger unwahrer, verleumderischer Schattelfeld verstoße gegen § 226 BGB; denn das Anstandsgefühl und der Gerechtigkeitsinn aller billig und gerecht Denkenden werde dadurch verletzt.

Die Oberbergische Grauwadendustrie findet im Rahmen einer Gesamtstudie, von der Königschen Zeitung unlängst veröffentlicht, folgende Darstellung: Die oberbergische Grauwadendustrie hat im Verlauf ihres Auf- und Ausbaues schon wiederholt schwerste Krisen durchgemacht und steht auch augenblicklich wieder mitten in einer solchen. Dies hängt natürlich in der Hauptsache mit der allgemeinerwirtschaftlichen Verfassung zusammen, dann aber auch damit, daß sich früherer Sünden jetzt in einer Zeit der Depression besonders schwer rächen. In den Tagen besserer Grauwadekonjunktur nämlich ist es sehr oft vorgekommen, daß minderwertiges

Material von Unternehmern, die keine Fachleute waren, als erstklassige oberbergische Grauwade in den Handel gebracht worden ist von Unternehmern, die ein Vorkommen nicht planmäßig abbaubau, sondern nur aus der jeweils günstigen Geschäftslage Nutzen zu ziehen suchten. Solche „Unternehmer“ verschwinden dann auch meist wieder, ohne in der Entwicklung irgendeine rühmliche Rolle gespielt zu haben. Dazu kommt noch, daß die Basaltindustrie des Rheinlandes im Schotter- und Kleinschlaggeschäft der Grauwade einen recht erheblichen Wettbewerb macht. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter in der Steinindustrie des Oberbergischen stellte sich vor dem Kriege auf etwa 3000 und nach dem Krieg auf höchstens 2500 infolge der Freisetzung von menschlichen Arbeitskräften durch stärkere Mechanisierung der Kleinschlagherstellung. Inzwischen ist ein weiterer Rückgang auf 1000 eingetreten, der hauptsächlich auf mangelnde Aufträge zurückzuführen ist. Das Volk dieser Gegend, das seine Väter und Söhne in die Grauwade schickt, während die Frauen Haus und Hof bestellen, leidet um so mehr unter dieser Entwicklung, als der Akkordarbeiter früher in beachtlichem Ansehen gestanden hat. Er zählte unter die anerkanntesten Qualitätsarbeiter, sein Lohn war seiner Fähigkeit entsprechend, und Monatseinkommen qualifizierter Kräfte von 300 bis 400 RM. blieben keineswegs Seltenheit. Die Basalt-M-G. Linz hat sehr viele Grauwadendustrieunternehmen des Oberbergischen Landes aufgekauft, zum großen Teil aber in den letzten Jahren stillgelegt.

Arbeitslose sollen Hausbesitzer werden. Die Stadt Harburg an der Elbe versucht ein großzügiges Projekt durchzuführen. Um die Arbeitslosigkeit einzudämmen, will die Stadt von erwerbslosen Bauhandwerkern, Bauhilfsarbeitern und andern Erwerbslosen, die als Bauarbeiter tätig sein wollen, Wohnungen bauen lassen. Die Stadt liefert das Baumaterial und stellt das Bauland zur Verfügung. Die erwerbslosen Bauarbeiter werden gruppenmäßig zu Arbeitsgemeinschaften in Stärke von durchschnittlich acht Personen zusammengeschlossen. Die Arbeitsgemeinschaften treten bei der Abrechnung der Anzahlungen usw. als Einheit auf. Das Stadtbauamt schließt mit jedem Mitwirkenden einen Vertrag ab, in dem alle Rechte und Pflichten gegenseitig geregelt werden. Die öffentliche Unterstützung der Erwerbslosen soll fortlaufen. Arbeitsgerät und Material stellt die Stadt, das Geld streckt die Städtische Sparkasse vor. Die vorgezogenen Gelder sollen später als 1. Hypothek auf das Grundstück eingetragen werden. Weiter soll eine Sicherungshypothek von der Hauszinssteuer oder von der Stadt gewährt werden. Die von den beteiligten Arbeitern geleisteten Arbeitsstunden gelten als Anzahlung auf den zukünftig ihnen gehörenden Grundbesitz. Die Heimstätten werden als Doppelwohnhäuser gebaut. In erster Linie sollen Verheiratete berücksichtigt werden. Wer sich meldet, muß sich verpflichten, das Land auch tatsächlich zu bebauen. Die Grundstücke sind so groß, daß jeder Mieter einen kleinen Garten bewirtschaften kann. Vorbereitet ist die Errichtung von 128 Wohnungen vorgesehen. Es handelt sich hier um einen Versuch, brachliegende Arbeitskräfte entsprechend zu verwerten. Man kann dem Gelingen dieses Experiments mit Aufmerksamkeit entgegengehen. Dieser Plan beweist aber, daß keineswegs bereits alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind, Arbeitslose in den Wirtschaftsprozess wieder einzuschalten.

Die Arbeitgeberverbände gegen die Verkürzung der Arbeitszeit

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat an den Reichsarbeitsminister eine Denkschrift gerichtet, die sich gegen den Vorschlag der Brauns-Kommission wendet, die Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich herabzusetzen und Überarbeit von besonderer behördlicher Genehmigung abhängig zu machen. In der Eingabe wird betont, daß die Arbeitgeberverbände von sich aus ihre Mitglieder angewiesen hätten, die Arbeitszeit dort zu verkürzen, wo dies technisch und wirtschaftlich möglich sei. Die Zahl von 2,2 Millionen Kurzarbeitern beweist, daß diesen Wünschen weitgehend Rechnung getragen sei. Dagegen sei ein gesetzlicher Zwang weder durch die tatsächlichen Verhältnisse begründet, noch trage er den zwingendsten wirtschaftlichen Voraussetzungen Rechnung, die für eine Wiederbelebung der Wirtschaft und des deutschen Arbeitsmarktes gegeben sein müßten. In den weiteren Ausführungen der Eingabe an das Reichsarbeitsministerium werden alle möglichen Einwände gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit herangeholt. Ein wesentlicher Teil der Arbeitslosigkeit sei darin zu suchen, daß die freie Betätigung der wirtschaftlichen Unternehmen in immer stärkerem Maße durch Geetze und Zwangstarife eingeengt worden seien. Nur eine Befreiung von derartigen gesetzlichen Beschränkungen und eine allgemeine Verbilligung der Produktion durch Senkung der Gestehungskosten könnten zum Ziele führen. Nur eine Senkung der Selbstkosten durch Herabsetzung der öffentlichen und sozialen Ausgaben und damit eine stärkere Förderung der Kapitalbildung sowie des Exports ermöglichen einen neuen Konjunkturaufschwung. Dann wird eine ausführliche Aufzählung gebracht, welche Schäden die Vorschläge der Brauns-Kommission mit sich bringen würden. Allerhöchstensfalls würde eine Entlastung des Arbeitsmarktes von 300 000 bis 500 000 Arbeitsplätze erfolgen können. Die Einschaltung der Gewerbeaufsicht bei der Arbeitszeitverkürzung und Überstundenfrage würde nicht nur lästig sein, sondern auch eine Verteerung der Produktionskosten zur Folge haben. In Betrieben mit fortlaufendem Arbeitsgang bringe die notwendige Einführung einer höheren Schichtzahl eine Verteerung. Erhöhte Investierungen wären notwendig. Die Beschränkung der Überstunden wirkt ebenfalls kostensteigernd und verhindere in vielen Fällen die Hereinnahme von Aufträgen und Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Verkürzung der Arbeitszeit führe zu einer Gefährdung unseres Exports und zu einer Verlagerung der Auftragserteilung zu ungunsten der deutschen Industrie. Die deutsche Industrie werde auf keinen Fall mit einer ihr aufgezwungenen 40-Stundenwoche auf dem Weltmarkt erfolgreich konkurrieren können. Kurzum, eine derartige Arbeitszeitverkürzung würde keine Milderung der Arbeitslosigkeit, sondern eine Vergrößerung derselben im Gefolge haben.

Wir haben versucht, die Argumente der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände gegen die Verkürzung der Arbeitszeit zusammenfassend wiederzugeben. Es ist schlechterdings alles herangezogen worden, was nur irgendwie als Gegenbeweis dienen kann. Diese Denkschrift hat den Zweck, die Regierung im letzten Augenblick einzuschüchtern, damit sie die Vorschläge der Gewerkschaften oder auch selbst der Kommission nicht berücksichtigen soll. Der Zweck ist also ganz klar. Es fragt sich nur, ob die Kraft der Regierung ausreicht, dem Druck der Unternehmer zu widerstehen. Wir müssen von vornherein hierin großen Zweifel setzen. Die Vorschläge der Brauns-Kommission waren den Gewerkschaften sicher nicht weitgehend genug. Aber selbst die Einschränkungen, die die Kommission gemacht hat, genügen den Unternehmern nicht. Sie benutzen die Gelegenheit, um einen allgemeinen Angriff auf die sozialpolitischen Geetze und das Tarifwesen zu unternehmen. Hier liegt der eigentliche Grund der lebhaften Tätigkeit der Arbeitgeberverbände, die Gewerkschaften haben keine Ursache, in ihrem Kampf für die Verkürzung der Arbeitszeit irgendwie nachzulassen.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Auf Antrag der Zahlstelle Tangermünde wurde der Steinseher Karl Kagenburg wegen Tarifbruchs ausgeschlossen.

Folgende Zahlstellen haben bis zum 10. Mai 1931 die Abrechnung des 1. Quartals noch nicht eingeleistet:

1. Gau: Joachimsthal, Labes, Neuruppin, Pritzwalk, Staupönen, Wangerin, Wartenburg.
2. Gau: Leobshüh, Lübben, Mauer, Schönberg.
3. Gau: Herlasgrün, Scheibenberg, Zöblich.
4. Gau: Arnstadt, Flechtingen, Freyburg a. d. Unstrut, Hörden, Mühlhausen, Schöningen.
5. Gau: Böttrop, Bredenscheid, Buer, Hattingen, Wattenscheid, Wiehl.
6. Gau: Albersweiler, Asbach, Derdingen, Eberbach (Baden), Ruthweiler, Wöhlen.
7. Gau: Büchelberg, Kronach, Biechtach, Weidenberg, Zinst.
8. Gau: Bischofsheim, Reifenhäusen.
9. Gau: Beilstein, Birkenbach, Buchenau, Driedorf, Geilnau, Ober-Widdersheim, Steinau/Schlücktern, Oberklee.
10. Gau: Groß-Roppershausen.
11. Gau: Delmenhorst, Ibbenbüren, Demmin, Oldenburg (Holstein), Stabe, Varel.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Berjamlungen.

Sonnabend, 16. Mai: In Caputh um 20 Uhr bei Hofmann.

Sonntag, 17. Mai: In Berlin (Steinseher und Berufsangehörigen) um 10 Uhr in den Brunnenfäden, Brunnenstr. 20a.

Sonntag, 24. Mai: Vernehmer, am geradezu als In Rawaldau (Rampund) wird doch darüber

Sonntag, 31. Mai: Schirmwörter In Offen (Steinseher und Marmor) bei Föller — Bücherkontrolle

Invaliden, Berlin: Die Auszahlung der Invalidenunterstützung für Berlin erfolgt am Freitag, 15. Mai, von 9 bis 13 Uhr und von 15 bis 18 Uhr.

Keine örtliche Reiseunterstützung mehr in: Beuthen, D.-Schlef.

Adressenänderungen

1. Gau: Hammerstein. Vorf.: Wilhelm Dose, Bärenhütte, Post Bärenwalde, Kr. Schlochau.
6. Gau: Bühl. Vorf.: Jakob Beck, Steinhauer, Bühl (Baden), Bergemühle.
7. Gau: Büchelberg. Vorf. u. Kass.: Johann Mähörndl, Steine-
10. Gau: Fuhrbach. Vorf.: Franz Lüder, Nr. 13.

Anzeigen

Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G.
Spareinlagen von 1 Mark an werden entgegengenommen in der Zentrale Berlin, Postcheckkonto Berlin 5898, in den Filialen Bremen, Postcheckkonto Bremen 55284, Breslau, Postcheckkonto Breslau 414, Dresden, Postcheckkonto Dresden 2102, Frankfurt a. M., Postcheckkonto Frankfurt a. M. 42679, Hamburg, Postcheckkonto Hamburg 32530, sowie in den Ortsausschüssen des ADGB

Pflasterhämmer
aus bestem Schweisstahl, Rahmen, Brechstangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 82

Gestorben

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
- Ostritz. Am 28. März der Hilfsarbeiter Willy Sommer, 30 Jahre alt, tödlicher Unfall.
 - Osterwald. Am 14. April der Sandsteinmetz Wilhelm Ziegenmeier, 53 Jahre alt, 4 Wochen lungkrank.
 - Jakubowitz. Am 20. April der Rammer Wilhelm Klement, 42 Jahre alt, 1/2 Jahr lungkrank.
 - Wurzen. Am 28. April der Brecher Hermann Kühne, 79 Jahre alt, Altersschwäche.
 - Hildesheim. Am 28. April der Schleifer Otto Pieper, 44 Jahre alt, 5 Jahre arbeitsunfähig, Magenkrebs.
 - Osabrück. Am 30. April der Hilfsarbeiter Adolf Beste, 63 Jahre alt, 14 Wochen krank, Lungentzündung und Grippe.
 - Pirna. Am 1. Mai der Sandsteinmetz Rudolf Vater, 42 Jahre alt, 9 Monate krank, schwere Staublunge.
 - Luckenwalde. Am 2. Mai der Steinsitzer Adolf Schmidt, 73 Jahre alt, 14 Wochen krank, Drüsenkrebs.
 - Leipzig. Am 7. Mai der Sandsteinmetz Karl Spranger, 67 Jahre alt, 2 1/2 Jahre, Berufskrankheit.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Steibold, Verlag: Ernst Windler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Briefkasten

Wiederholung des Rentenanspruchs. Ist der Antrag auf Invalidenrente endgültig abgelehnt worden, weil dauernde Invalidität nicht nachzuweisen war, so kann ein neuer Antrag erst nach einem Jahr, nachdem die Entscheidung zugestellt worden ist, vor-her aber nur dann gestellt werden, wenn glaubhaft beigebracht wird, daß inzwischen Umstände eingetreten sind, die den Nachweis der Invalidität liefern. Ein solcher Nachweis ist im allgemeinen durch Vorlegung einer ärztlichen Bescheinigung zu erbringen. Wird ein Nachweis nicht beigebracht, so weist der Vorstand der Versicherungsanstalt den vorzeitig wiederholten Antrag zurück. Der Bescheid ist nicht anfechtbar.

A. B. Wann ist ein Anspruch verjährt? Es handelt sich um Wäsche, welche meine Frau schon 1928 gekauft hat. Ich konnte wegen Arbeitslosigkeit nicht bezahlen. Die Firma hat seit Dezember 1928 nichts von sich hören lassen. Jetzt kommt sie an und verlangt das Geld innerhalb einer Woche. — Antwort: Dieser Anspruch ist mit dem Ablauf des Jahres 1930 verjährt, wenn die Verjährung nicht etwa gehemmt oder unterbrochen worden ist, z. B. durch Abschlagszahlung oder Stundung usw. Die Verjährungseinrede mußst Du im Prozeß geltend machen. Sie wird nicht etwa vom Richter von Amts wegen berücksichtigt.

Anfrage. Wieviel ist von meinem Wochenlohn pfändbar? Ich verdiene 32 Mark brutto. — Antwort: Dann ist Dein Lohn unpfindbar. Erst wenn Du über 45 Mark wöchentlich kommst, wird die Pfändbarkeitsgrenze überschritten. Im übrigen wird nicht der Netto-, sondern der Bruttoverdienst bei der Anschauung betrachtet. Allerdings weiß ich nicht, ob es sich bei dem Anspruch, wegen dessen die Pfändung erfolgen soll, nicht vielleicht um einen Unterhaltsanspruch handelt. Dann wird die Sache anders. Gib hierüber Bescheid.

Waise. Erhalten die Kinder meines verstorbenen Bruders auch dann Waisenrente aus der Invalidenversicherung, wenn sie das 15. Lebensjahr vollendet haben? Besteht keine gesetzliche Möglichkeit? Beides sind Verhältnisse. — Antwort: Erhält das Kind nach Vollendung des 15. Lebensjahres Schul- oder Berufsausbildung, so wird die Waisenrente für deren Dauer gewährt, jedoch nicht über das 21. Lebensjahr hinaus. Wir empfehlen, der Landesversicherungsanstalt zu schreiben und gleich die Lehrverträge mit einzulegen. Dann wird die Angelegenheit sich glatt erledigen.

Zu Pfingsten auf Lindcar in's Grüne!

Zu beziehen durch alle Verbandskassierer und Ortsausschüsse des A. D. G. B.